

Herbstkonferenz

10. November 2023 in Berlin



Beschluss

TOP II.15

Jugendgewalt

Berichterstattung: Bayern, Berlin, Sachsen-Anhalt

1. Die Justizministerinnen und Justizminister nehmen mit Sorge zur Kenntnis, dass nach einem langen Zeitraum rückläufiger Jugendkriminalität wieder eine verbreitete Zunahme insbesondere von Jugendgewaltkriminalität zu verzeichnen ist, die erklärungsbedürftig ist.
2. Sie sind sich einig, dass dieses Phänomen geeignet ist, das allgemeine Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu beeinträchtigen. Eine konsequente Strafverfolgung unter Berücksichtigung des im Jugendstrafrecht geltenden Erziehungsgedankens ist von Bedeutung.
3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten den Bundesminister der Justiz, eine bundesweite Studie - gegebenenfalls unter Einbindung des BMFSFJ - zu den Ursachen der gestiegenen Kinder- und Jugendgewalt in Auftrag zu geben, die gegebenenfalls auch gesetzgeberische Handlungsoptionen sowie Ansätze für geeignete Präventionsmaßnahmen erfasst, und auf dieser Grundlage zu prüfen, ob gesetzliche Änderungen angezeigt sind.